



Unterschätzter Kandidat führt die Union in die Wahl
 Deutschland: Nach der Schlammschlacht setzte sich Armin Laschet durch

EPA / ANDREAS RENTZ / POOL

POLITIK 7

DIE SCHÖNSTEN WOHNUNGEN
ORAG
 150 Jahre | Immobilien
 oerag.at

KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Mittwoch
 21. April 2021
 Nr. 110 / 1,80 €

KURIER.at



Eintritt frei

Das kann der Grüne Pass.

Ab Mitte Mai will die Regierung wieder öffnen. Aber wie funktioniert dann der Besuch von Restaurants, Hotels, Kultur- und Sportevents?

SEITE 3

Wien



Die Szene-Köchin und die Krise

Interview. Haya Molcho spricht über Corona und ihre Pläne für den „Tel Aviv Beach“: Bald heißt die Bar „NENI am Wasser“.

SEITE 18

Hörndlwald: Ende des Dauerstreits?

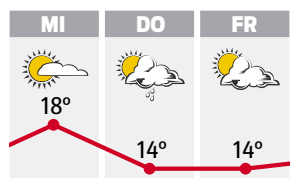
Hietzing. Im Gezerre um das Grün-Areal könnte das letzte Kapitel aufgeschlagen sein: die Umwidmung. Ein Rückblick auf eine Debatte, die fast schon eine Institution ist.

SEITE 16

Die Erde kommt nicht zur Ruhe

Neunkirchen. Nach nur wenigen Wochen bebte die Erde erneut. Warum immer dort?

SEITE 19



Mild. Einige Wolken lassen vielleicht ein Gewitter los.

WETTER 2

Auszeit	20
Debatte	22, 23
Fernseh- und Radiotipps	26

Neustart-Klausur der Regierung: Ökologie soll der Ökonomie helfen

Viereinhalb Milliarden Euro fließen in ein Bündel an Maßnahmen

Klimaschutz. Am Dienstag ging die zweite Klausur der türkis-grünen Regierung in Wien zu Ende. Die Minister Gewessler (Klima), Blümel (Finanzen) und Kocher (Arbeit) präsentierten eine Reihe von Maßnahmen, wie der Ökologie und dem Klima geholfen und gleichzeitig die Wirtschaft wieder angekurbelt werden soll. Einer der Schwerpunkte be-

trifft etwa die Wasserstoff-Forschung: Die Hoffnung ist groß, dass dieser ökologisch produzierte Energieträger vor allem der Industrie bei der Dekarbonisierung helfen soll.

Arbeitslose

Der Arbeitsminister überraschte indes mit der Aktion „Sprungbrett Langzeitarbeitslose“, mit der rund

50.000 Personen, die bereits vor der Corona-Krise ohne Job waren, bis spätestens Ende 2022 wieder in Beschäftigung kommen sollen.

Die Opposition kritisierte das Maßnahmenbündel als wenig innovativ, der ÖGB bemängelte etwa fehlende Hilfen für in Not gekommene Unternehmen.

POLITIK 4

EMA gab grünes Licht für Johnson & Johnson

Die Arzneimittelagentur prüfte acht Fälle

Impfung. Nachdem auch nach Impfungen mit Johnson & Johnson Thrombosen aufgetreten waren, stoppte das Unternehmen die Auslieferung, die Impfungen wurden eingestellt. Nun gab die europäische Arzneimittelagentur EMA grünes Licht für einen Einsatz. Thrombosen sollen als sehr seltene Nebenwirkung in der Produktinformation

gelistet werden. Der Nutzen überwiege die Risiken jedoch, die Fälle seien sehr selten (bisher acht Betroffene unter über sieben Millionen Geimpften in den USA).

Das Nationale Impfgremium in Österreich wird am Donnerstag tagen und dazu beraten. Man schickte jedoch voraus, man werde sich an der EMA orientieren.

SEITE 6

Normal?

A. S.

Das mit dem Schnee und der Eiseskälte ist ja fürs Erste vorbei, aber Frühling schaut anders aus, oder? Gastgärten, wenn sie offen hätten, wären Nassgärten, trotzdem fällt zu wenig Regen für die Natur, dafür steigt das Thermometer zu langsam. Das führte jüngst zur Schlagzeile: „Ist dieses April-Wetter noch normal?“

In dieser Zeile steckt alle Verirrung unserer Zeit. Das ganze Unglück der sich selbst überholenden Aufgeregtheitsblase. Der Satz ist der Schlüssel für die Gesellschaftsanalyse auf der Couch: Was normal ist, hat keinen Wert. Die mediale Schnappatmung verlangt nach dem Abnormalen. Nach dem größten, heißesten, verheerendsten Was-auch-immer. Nach dem nie Dagewesendsten! Das ist zwar grammatikalisch falsch, aber geil. Wie eine Droge. Wo der Rekord und die Katastrophe ausbleiben, vom Klima bis zum Cluster, werden wir unrund.

Und nicht einmal das sprichwörtliche April-Wetter darf stinknormal nur ein April-Wetter sein.

andreas.schwarz@kurier.at

JOB & BUSINESS

FINDEN SIE IHREN TRAUMJOB

- ➔ Tausende aktuelle Jobangebote von Top-Arbeitgebern
- ➔ Lebenslauf anlegen und von Firmen gefunden werden
- ➔ Mit dem JobAgenten die neuesten Jobs via E-Mail erhalten
- ➔ Aktuelle News zu den Themen Job und Karriere

job.kurier.at

Jackpot

1,6 Mio.€

LOTTO

spiele-mit-verantwortung.at

RAUM sofort CONTAINEX

www.containex.com

RAUM schaffen mit Containern



Post: Österreichische Post AG TZ 022034477T; KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH, 1190 Wien Retouren: Postfach 100, 1350 Wien Preise: DE, IT, SI € 3,20; HUF 1.100,-; HRK 24,-



Anstoß für ein grüneres Europa: Das neue Klimagesetz setzt den Rahmen für künftig nur noch klimafreundliche Regulierungen

Endspurt zum EU-Klimagesetz: Es wird das Leben umkremplein

Klimawandel. EU-Parlament und Staaten zurren radikale Kurswende fest

AUS BRÜSSEL
INGRID STEINER-GASHI

Corona bremste die Wirtschaft massiv ein – dem Weltklima aber half das kaum, die Temperaturen stiegen weiter: 2020 war eines der drei wärmsten je gemessenen Jahre, berichtet die UN-Weltwetterorganisation. Allerhöchste Zeit, beim Kampf gegen den Klimawandel die politischen Pflöcke einzuschlagen. In Brüssel versuchten dies bis Dienstag spät in die Nacht Europaparlament und EU-Staaten: Angepeilt war – und so gut wie sicher schien – die Einigung auf das EU-Klimagesetz.

Was zunächst papierern klingt, wird Leben und Wirtschaft aller Europäer auf die kommenden Jahrzehnte hin verändern. Es gibt die großen Koordinaten für Europas verschärften Kampf gegen

den Klimawandel vor. Bis 2050 muss Europa demnach ein klimaneutraler Kontinent sein. Es dürfen also nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als anderswo gespeichert werden können.

Etappenziel 2030

Umstritten blieb bis zuletzt das nächste Etappenziel – die Senkung der Treibhausgase bis 2030. „Was wir in den nächsten zehn Jahren tun oder lassen, ist entscheidend für die Vermeidung von Klimakipppunkten, Klimachaos und irreversiblen Schäden durch die Erderhitzung“, warnt Jytte Guteland, schwedische EU-Parlaments-Berichterstatterin für das Klimagesetz.

Bisher galt: Die EU senkt ihre Emissionen um 40 Prozent (ausgehend vom Niveau von 1990). Das gelang erst zum Teil: In den vergange-

nen 30 Jahren sanken die Emissionen um 25 Prozent. „Und auch das überwiegend, weil Energiesparmaßnahmen zum Tragen kamen. Aber an den großen politischen Stellschrauben und echten Einschnitten wurde noch nicht gearbeitet“, sagt ein mit den Verhandlungen vertrauter EU-Diplomat. Das wird sich nun ändern.

Mit großen Mühen hatten sich die 27 EU-Regierungen schon im Dezember auf das Ziel geeinigt, die Reduktion der Treibhausgase auf 55 Prozent hochzuschrauben. Das EU-Parlament wollte 60 Prozent, konnte sich aber letztlich damit nicht durchsetzen.

Streit um den Wald

Und bis zuletzt gab es heftigen Streit – um den Wald. Den wollen Staaten und Regierungen als wichtige CO₂-

Senke anrechnen lassen. Europas Wälder absorbieren jährlich knapp 9 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen. Doch die Grünen befürchten: Dies würde bedeuten, dass die echten Einsparungen nicht so hoch angesetzt werden müssen. Anders gesagt: Zahlentrickserei.

Die Einigung auf das EU-Klimagesetz ist eine Sache – die Umsetzung der neuen Klimapolitik eine andere. Ab Juni geht es Schlag auf Schlag, ein Gesetzesvorschlag der Kommission quer durch alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche wird dem andern folgen.

Für Österreicher bedeutet dies unter anderem: Der Abschied von der Ölheizung und der Gastherme und – eher früher als später, aber sicher spätestens ab 2035 – die Abkehr vom Verbrennungsmotor.

Ibiza-Video: OGH erlaubt mehr Berichterstattung

Urteil mit weitreichenden Konsequenzen

Anwalt M. Der Öffentlichkeit sind sie oft nur mit einem Buchstaben bekannt. Ibiza-Detektiv H. oder Anwalt M. etwa gelten als die Hintermänner des Ibiza-Videos. Die meisten Medien haben die zwei Personen bisher aufgrund medienrechtlicher Beschränkungen nicht genannt und auch nicht als Foto hergezeigt. Doch das wird sich nun – zumindest im Fall des Anwaltes – wohl bald ändern. Laut einem Urteil des Obersten Gerichtshofs (OGH) dürfte das Foto des Anwalts Dr. M. nun hergezeigt werden. Grund war eine Auseinandersetzung zwischen der Omnia Online Medien GmbH (EU-Infothek) und dem Juristen. Dieser bekam in allen Instanzen recht, bis in der letzten.

Pressefreiheit gestärkt

Der OGH verweist auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der zuletzt die Presse- und Meinungsfreiheit in Urteilen als höchstes Gut bezeichnet hat. Entsprechende Rechte der Person an ihren eigenen Bildern seien diesen Freiheiten vielfach unterzuordnen.

Ist daher eine Textberichterstattung nicht zu beanstanden, weil sie einen zumindest im Kern wahren Sachverhalt mitteilt und auch nicht

Umstände aus der Privatsphäre des Betroffenen erörtert, so wird im Regelfall auch deren Illustration mit einem an sich unbedenklichen Lichtbild zulässig sein. Das gilt auch dann, wenn die Veröffentlichung für den Abgebildeten nachteilig, bloßstellend oder herabsetzend wirkt.

Gefährdung möglich

KURIER-Anwalt Michael Borsky meint jedenfalls, dass dieses Urteil weitreichende Konsequenzen für die Bildberichterstattung über politische Themen haben wird. Der OGH weist deutlich darauf hin, dass diese Berichterstattung zu einer abstrakten Gefährdung der betroffenen Personen führen kann. Wichtiger sei aber die Rolle der Medien als „public watchdog“ in der demokratischen Gesellschaft.

Betroffen sein könnte davon etwa, dass Personen, die vor Untersuchungsausschüssen aussagen, nicht mehr gepixelt, also unkenntlich gemacht werden müssen. Auch in anderen Streitfällen wird zum Beispiel die Nennung von handelnden Personen in brisanten Causen wie etwa den Vorgängen rund um den Verfassungsschutz damit leichter möglich sein.

D. SCHREIBER, K. MÖCHEL,
M. REIBENWEIN

Keine Gehaltsfortzahlung für Ex-Minister Anshober

Der 60-Jährige ist als Lehrer kareziert

Job. Rudolf Anshober, der vergangene Woche als Gesundheitsminister zurückgetreten ist, hat keinen Anspruch auf Gehaltsfortzahlung, weil er in seinen Job als Lehrer zurückkehren könnte.

Anshober ist seit den frühen 90er-Jahren (damals saß er für die Grünen im Nationalrat und später im oö. Landtag) als Landesleh-

rer ohne Bezüge freigestellt. Er beantragte nun, diese Karenzierung bis 2023 zu verlängern, berichten die OÖN.

Politiker, die aus dem Amt ausscheiden, bekommen für maximal sechs Monate weiter 75 Prozent ihrer Monatsbezüge, sofern sie kein Rückkehrrecht in ihren früheren Job oder Anspruch auf ein Mandat haben.

Mückstein macht Meter: Warum der neue Minister omnipräsent zu sein scheint

Gesundheitsminister setzt stärker auf Social Media und Soziales. Die erste konkrete Forderung: Eine Gehaltserhöhung für Pflegekräfte

K Politik von innen
VON CHRISTIAN BÖHMER

Es scheint, als wäre **Wolfgang Mückstein** gerade überall: Seinen ersten Arbeitstag begann der neue Gesundheitsminister mit einer Stippvisite im Impfzentrum im Wiener Austria Center; mittags traf er Vorgänger **Rudolf Anshober** zu einem längeren Vier-Augen-Gespräch; nachmittags ging's weiter in die Klinik Favoriten, wo er Ärzte und Pfleger aus der Intensivstation besuchte.

Eng an Kogler gebunden

Und nachdem am Abend in der ZiB2 sein erstes größeres TV-Interview auf dem Programm stand, geht es heute, Mittwoch, munter weiter: Frühmorgens ein Auftritt im Ö3-Wecker, dann ins Parlament zur Vorstellung bei den



Mückstein allerorten: Der neue Minister ist viel unterwegs – und lässt das alle wissen

Nationalratsabgeordneten, und, und, und.

Nun ist es für ein Regierungsmittglied selbstverständlich, dass zu Amtsantritt besondere Hektik herrscht. Im Fall von Wolfgang Mückstein ist aber nicht alles der Routine einer Amtsübernahme

geschuldet. Denn tatsächlich nutzen die Grünen den Rücktritt ihres bis dahin präsentesten Ministers dazu, um einige „Adaptierungen“ bei der Aufstellung vorzunehmen – im Gesundheitsressort und im Regierungsteam insgesamt.

Parteichef **Werner Kogler** hat seine Generalsekretärin im Beamten-Ministerium, **Eva Wildfellner**, als Übergangskabinettschefin an den Neogeschäftsmann verließen – der Neue soll viel enger und abgesprochener mit dem Parteichef und Vizkanzler

zusammenarbeiten, als das der Vorgänger gemacht hat.

Und dass Mückstein Arbeitseifer auch in hoher Frequenz auf den sozialen Plattformen in die Fläche kommt, dafür soll ein Kommunikationschef sorgen, den die Grünen bei dieser Gelegenheit ebenfalls neu im Ministerium installiert haben.

Hacker lobt Mückstein

Bei der Konkurrenz kommt Mückstein halbwegs an. Zumindest bei der größten Oppositionspartei, der SPÖ.

Deren überregional präsentester Landesrat, **Peter Hacker**, streut seinem neuen Gegenüber im Bund Rosen. Mückstein habe „viel Mut“ bewiesen, weil er in einer so „harten Zeit“ das Gesundheitsministerium übernimmt. Und er, Hacker, sei zuversichtlich, dass man in vie-

len Fragen gemeinsame Antworten entwickeln werde.

Auffällig sind bei den ersten Auftritten des neuen Ressortchefs folgende Aspekte: Da Mückstein als Arzt kraft seines Berufs in Gesundheitsfragen ohnehin Kompetenz vermittelt, setzt er zu Beginn auf andere Themen wie das Soziale und die Pflege. So erklärt er wiederholt, dass die sozialen Folgen von Covid – also „Kollateralschäden“ wie Vereinsamung, Depressionen etc. – verstärkt Aufmerksamkeit verdienen.

Und bei seinem Auftritt in der Klinik Favoriten redete Mückstein einer Gehaltserhöhung bei den Pflegekräften das Wort: Danksagungen und Schulterklopfen seien in der Corona-Krise zwar wichtig. Am Ende drücke sich Wertschätzung aber auch über den Gehaltszettel aus. Und darüber wolle er nun reden.